

2150/J

2004-09-22

ANFRAGE

der Abgeordneten GASSNER

und GenossInnen

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend weitere Schließungen von Postämtern in Oberösterreich

Berichte über die neuerliche Schließung von Postämtern in Oberösterreich verunsichern die Bevölkerung, die einen weiteren Verlust an öffentlicher Infrastruktur und damit an Lebensqualität in ihrer Wohnumgebung befürchtet.

In den Medien wird die Zahl von 100 Postämtern kolportiert, denen die Schließung droht.

Während in Deutschland eine gewisse Dichte des Filialnetzes der Post per Gesetz festgeschrieben wurde, höhlt die österreichische Bundesregierung die ländlichen Regionen aus und negiert die Bedürfnisse der Menschen nach einer Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage:

1. Gibt es Pläne, in Oberösterreich weitere Postämter zu schließen?
2. Wenn ja: Welche Postämter wären hiervon betroffen (aufgelistet nach Bezirk)?
3. Ab welchem Zeitraum sollen die Schließungen erfolgen?
4. Was sind die Gründe für die Schließung?
5. Wie sollen die Menschen, insbesondere ältere und wenig mobile, ohne Postamt Brief- und Paketverkehr sowie Überweisungen und Geldgeschäfte erledigen?
6. Wiegen bei der Entscheidung über die weitere Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen betriebswirtschaftliche Faktoren höher als die Bedürfnisse der Menschen?

